

Jürgen Hoffmann

Die Krise von 1929 und das Ende der Weimarer Republik

Vorbemerkung der Redaktion

Über fast vier Jahrzehnte hinweg hat Jürgen Hoffmann eine Fülle von Publikationen zu ganz unterschiedlichen Bereichen vorgelegt. Allerdings gibt es auch einige wiederkehrende Themen, die ihn sein Leben lang beschäftigt haben, insbesondere die Situation der Gewerkschaften und die kapitalistischen Krisen. Um Krisen ging es bereits 1979, damals bezogen auf die Entwicklung der Bundesrepublik, in dem zusammen mit Elmar Altvater und Willi Semmler verfassten Band *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise*. Später erweiterte Jürgen Hoffmann sowohl den zeitlichen Horizont wie die disziplinäre Perspektive. Aus einer Vorlesung zur Einführung in die Politische Geschichte, die er Anfang der 1990er Jahre an der damaligen Hochschule für Politik und Wirtschaft in Hamburg hielt, entstand sein *opus magnum* die Monographie *Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur – Grundzüge deutscher Gesellschaftsgeschichte*, die 1996 erstmals erschien. Im Zentrum seines Interesses stand, wie er es selbst im Vorwort formuliert, die „Darstellung sozialer Gegensätze und die Analyse des Verhältnisses von Politik und Ökonomie/Gesellschaft“. Der Bogen, den er dabei spannte, reicht vom Untergang des weströmischen Reiches und dem System feudaler Herrschaft über das Ancien Régime, das Kaiserreich und den Nationalsozialismus bis zum Ende der „alten Bundesrepublik“ nach dem „Beitritt“ der DDR. Für die im Herbst 2009 erschiene dritte Auflage hatte Jürgen Hoffmann den Text komplett überarbeitet und erheblich erweitert, was sich auch in einem veränderten Untertitel niedergeschlagen hat: *Politische Soziologie der europäischen und der deutschen Geschichte*. Jürgen Hoffmann hat das Erscheinen dieser dritten Auflage noch erlebt und in einer Rundmail FreundInnen und KollegInnen voller Freude darüber informiert. Wenige Tage später starb er. Von den zahlreichen Krisen, die er in dem Band analysiert, geben wir hier Auszüge aus den Kapiteln *Der kapitalistische Weltmarkt und die internationalen Rahmenbedingungen der Politik in der Weimarer Republik* und *Das Ende der Weimarer Republik* wieder.

Die Depressionsphase der 20er und 30er Jahre als „Restrukturierungskrise“

Erstaunlich ist zunächst, dass die Entwicklung nach 1920 im Bereich der Ökonomie durchaus nicht allein auf die „Zerrüttung“ der nationalen Ökonomien im Weltkrieg zurückgeführt werden kann: „Der Krieg zerstörte nicht das Vorkriegsmuster des Konjunkturzyklus. Im Jahr 1914 begann in den meisten Industrieländern eine Depressionsphase, aber der Ausbruch des Krieges wirkte darauf verzögernd und brachte die verzerrte Fortsetzung eines größeren Aufschwungs, der schließlich 1919/20 seinen Höhepunkt erreichte. Die Reaktion zeigte sich in der kräftigen Rezession von 1920/21, der dann mit kleineren Unterbrechungen ein weiterer größerer Aufschwung bis zu seinem Höhepunkt 1928/29 folgte. Der Juglar-Zyklus (7- bis 9-jähriger Konjunkturzyklus, J. H.) blieb demnach wirksam, das heißt, es musste 1929 eine Depression kommen.“ (Aldcroft 1978: 21) [...]

Diese die internationale Entwicklung einbeziehende Beschreibung des Konjunkturzyklus muss allerdings ergänzt werden. Denn: Zwar war die Krise ab 1929 im historischen Vergleich als Depression nicht außergewöhnlich, ihre Intensität aber eben im Sinne eines „normalen“ Juglar-Zyklus war nicht normal! Und die Krise war in den 20er und 30er Jahren eine allgemeine *Weltmarktkrise* (was zugleich die besondere Intensität der Krise seit 1929 erklären mag). Ausgehend von dieser zyklisch moderierten Depressionphase in den 20er und 30er Jahren soll in der folgenden Skizze eine sozialökonomische Erklärung versucht werden. [...]

Krisen im Marxschen Sinn sind nicht nur Phasen der Vernichtung von Kapital in seinen drei Formen (Waren-, Geld- und produktives Kapital), sondern immer auch Phasen der Restrukturierung und Reproportionalisierung der sozialen und sachlichen Produktionselemente. In diesem Sinne setzen sich in einer langfristigen Sicht über Krisen immer auch neue technische, ökonomische und soziale Bedingungen der Kapitalakkumulation und der gesellschaftlichen Entwicklung durch, die in der historischen Entwicklung seit Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend über den Weltmarkt vermittelt werden. Dieser globale Prozess wurde aber gerade in den 20er Jahren durch die im Weltkrieg zuge-spitzten nationalistischen und protektionistischen Tendenzen behindert, weil verschiedene Länder in Europa sich durch protektionistische Maßnahmen diesen weltweiten Umstrukturierungszwängen zu entziehen versuchten (vgl. auch Ziebur 1984: 31). Ausgerechnet jene Industrien, die durch den Umstrukturierungsprozess eigentlich ihre Vorreiterrolle im industriellen Wachstums- und Umstrukturierungsprozess hätten verlieren müssen, waren es, die zugleich durch den Weltkrieg zeitweilig ihre Dominanz wieder und weiter verstärken konnten und in den 20er Jahren die nationalen Wirtschaftspolitiken dominierten. Dazu gehörten vor allem Bergbau-, Stahl- und Eisenindustrien, die klassi-

schen „Montanindustrien“, die im Zuge der ersten industriellen Revolution (mit ihren Produktionselementen Kohle, Dampfkraft, Eisen/Stahl) ihre Spitzenstellung errungen hatten.

Dagegen begann in den 20er Jahren ein Umstrukturierungsprozess, der besonders die industrielle Massenproduktion im Bereich der langlebigen Massenkonsumgüter betraf, die für den Lebensstil in der „Moderne“ prägend werden sollten. Für diese Massenproduktion und ihre ökonomischen und sozialen Wirkungen stand beispielhaft die Verbindung von Fließbandtechnologie und tayloristischer Arbeitsorganisation in der Automobilindustrie in den USA (die Anwendung dieser Prinzipien wurde besonders bekannt in den Fabriken eines Henry Ford, daher auch: „FORDismus“). Durch die Kombination dieser arbeitsorganisatorischen Elemente wurde eine hohe Arbeitsproduktivität erreicht; dies ermöglichte nicht nur niedrige Preise der Produkte (durch Massenproduktion – economies of scale), sondern auch niedrige Lohnstückkosten und einen größeren Verteilungsspielraum – also niedrige Preise und relativ höhere Löhne, die es den Arbeitern wiederum ermöglichten, die von ihnen produzierten Produkte auch zu kaufen. Es ist klar, dass die positiven Wirkungen dieser ökonomischen Umstrukturierung erst dann die Ökonomie erreichen konnten, wenn sich diese neuen Produktions- und Konsumstrukturen allgemein im ökonomischen Kreislauf durchgesetzt hatten, während die ausnahmsweise Anwendung zunächst erhebliche ökonomische Ungleichgewichte zur Folge haben musste, wie sie für Krisenphasen typisch sind. Zumal sich in den 20er Jahren dieser Umstrukturierungsprozess national nur gebrochen durchsetzen konnte:

Aufgrund der nationalistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt und zum Schutz der hegemonialen Kapitalfraktionen (Montanindustrien, in Deutschland auch zum Schutz der Großagrarien) griffen viele Länder zum Protektionismus und konservierten so die alten Strukturen bzw. passten sich nur unvollständig den neuen Konkurrenzbedingungen an; für Deutschland kam noch hinzu, dass sich die Schwerindustrie als potentieller Verlierer des Umstrukturierungsprozesses durch die traditionell betriebene Kartellpreispolitik vor Kapitalentwertungsprozessen schützen und die Auswirkungen auf die nachgelagerten Produktionsbereiche verlagern konnte, während die Großagrarien aus politischen Gründen subventioniert und so vor Kapitalentwertungsprozessen geschützt wurden. [...]

Der weltweite Umstrukturierungsprozess war zudem mit einem Wechsel der Hegemonie auf dem Weltmarkt von Großbritannien zu den USA verbunden, der zunächst ver- bzw. behindert wurde, weil einerseits Großbritannien das Pfund Sterling durch die gescheiterte Wiedereinführung des Goldstandards und in Konkurrenz zu den USA als Weltgeld gegenüber dem Dollar verteidigen wollte, und weil andererseits die USA davor zurückschrecken, finanz- und währungspolitisch dieser neu gewonnenen Hegemonie zu entsprechen.

Die Charakteristika dieser gebrochenen Umstrukturierung auf dem Weltmarkt waren daher Protektionismus, Deflationspolitiken als Waffe im Konkurrenzkampf und Währungskrisen. Die Krisen der 20er und 30er Jahre waren so Ausdruck von ökonomischen Widersprüchen und internationalen politischen Handlungsblockaden, die die Möglichkeit der gewaltsamen Lösung des ökonomischen Konkurrenzkampfes in sich trugen. [...]

Das Ende der Weimarer Republik

Es bedurfte erst der Extremsituation der Weltwirtschaftskrise 1929 ff., um das in den sozialen, ökonomischen und politischen Grundstrukturen der Republik angelegte Scheitern der Republik zu bewirken. Und es waren letztlich die extrem verengten ökonomischen Rahmenbedingungen, die die ambivalenten Strukturen der Republik aktualisierten und aufbrachen. Insofern ist die These falsch, dass in dem Verfassungskompromiss von 1919 bereits das Scheitern der Republik 1930 ff. vorgegeben gewesen sei; auch die soziale Basis der Politik hätte ohne die Machtverschiebungen, die durch die Weltwirtschaftskrise bewirkt wurden, durchaus in Form des „Blocks des Klassenkompromisses“ fortgesetzt werden können (dieses Modell wird faktisch 1952 ff. wieder aufgegriffen und besonders erfolgreich als Modell Deutschland“ nach 1967 umgesetzt). 1930 – am Ende der Weimarer Republik – standen aber alle bis dahin hervorgetretenen Strömungen vor der Erfahrung ihres Scheiterns:

- „Das sozialistische Modell hatte seine Niederlage bereits 1919/20 erlebt;
- die Kommunisten trugen das Trauma des abgeblasenen Oktoberputsches von 1923 trotz aller verbalradikalen Pose weiter mit sich herum;
- die Sozialdemokraten und Liberalen befanden sich seit dem Mehrheitsverlust der Weimarer Koalition eigentlich immer nur in der Defensive;
- das Zentrum kapselte sich in seiner an den Rändern abbröckelnden Mittelposition ab;
- die liberalen Parteien sahen ihre Wähler abwandern; und
- den Befürwortern einer konservativ-autoritären Wende war die Erfahrung des Scheiterns noch für die Jahre von 1930 bis 1932 vorbehalten.“ (Peukert 1987: 217, eigene Aufgliederung J. H.).

Diese autoritäre Wende wurde nicht zuletzt durch einen Positionswechsel der Kapitalfraktion der „dynamischen Exportindustrien“ eingeleitet: Die Krise machte auch die exportorientierte dynamische Kapitalfraktion gegen die Lohn- und Sozialkosten mobil, dabei wurden die parlamentarischen Strukturen mehr und mehr als Einbruchstor für die ökonomisch Kosten verursachenden sozialen Forderungen empfunden. Eine autoritäre, „sachlich“ orientierte politische Lösung versprach jetzt eine bessere Position in der Krise und auf den Weltmärkten. Damit näherte sich diese Kapitalfraktion zwar der autoritären Option der Schwerindustrie und der Großagrarien an, wollte aber eine dort favori-

sierte ökonomische Binnenmarktlösung, die gegen die eigenen Exportinteressen stand, nicht hinnehmen: Die Regierung Brüning, die allein durch das präsidiale Notverordnungsrecht gestützt wurde, war so Ausdruck einer autoritären politischen Lösung ohne Massenbasis, die zugleich die Öffnung zum Weltmarkt nicht aufgeben wollte und die deshalb die Reparationsfrage ins Zentrum der Politik stellen musste. Die für diese Ziele in der Krise autoritär durchgesetzte Deflationspolitik sollte aber im Resultat jene Massenbasis verstärken, die gegen das Brüning-Lager für eine nationalistisch-autoritäre Binnenmarktlösung bereitstand: Die potentielle Wählerschaft der Nationalsozialisten.

Doch jenseits des Scheiterns des „Blocks des Klassenkompromisses“ und jenseits des unmittelbaren ökonomischen Drucks einer beginnenden Krise – von der ja im Jahre 1928/29 noch niemand wusste, dass daraus der säkulare Einschnitt der Weltwirtschaftskrise werden würde – wurde diese autoritäre Wende auch politisch vorbereitet. Angesichts des schleichenden Verfassungswandels zugunsten eines Präsidialregimes schien im Rahmen der Verfassung eine autoritäre, nationale Regierung möglich; die sich seit der Inflation abzeichnende Auflösung der bürgerlichen Mitte machte eine solche autoritäre Lösung für das Bürgertum zusätzlich attraktiv, und der Rechtsruck in den bürgerlichen und nationalen Parteien seit 1927/28 verstärkte den Druck auf das parlamentarische Regime. Die große Koalition unter Hermann Müller (SPD) scheiterte so zwar an der Frage der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, aber bedeutsamer für ihr Scheitern war die Tatsache, dass die bürgerlichen Parteien nur solange die Koalition nicht aufkündigen wollten, solange der Young-Plan, mit der ökonomisch bedeutsamen Lösung der Reparationen, nicht unter Dach und Fach war (mit dem Hintergedanken, dass sich dann die SPD einer wesentlichen steuerlichen Entlastung der Unternehmen zur Finanzierung des Plans nicht mehr verschließen könnte). Sozialökonomisch, politisch und verfassungsrechtlich waren im Jahre 1929 die Weichen in Richtung auf eine autoritäre Wende gestellt, die mit der Regierung Brüning eingeleitet wurde. Damit war zugleich das Ende der parlamentarischen Republik eingeläutet, eine „andere Republik“ der Präsidialregierungen ersetzte die Weimarer Republik der parlamentarischen Demokratie des Jahres 1919.

Literatur

- Aldcroft, Derek H. (1978): *Die zwanziger Jahre (Geschichte der Weltwirtschaft Bd. 3)*, München.
Peukert, Detlev (1987): Thesen zur Faschismuskritik, in: Drücke u.a., *Spaltung der Arbeiterbewegung und Faschismus*, Hamburg.
Ziebara, Gilbert (1984): *Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931*, Frankfurt/M.